



Wie groß ist die Gefahr, die von der extremen Rechten für die Bildung ausgeht? Wie geht sie vor, um die Erwachsenen und Weiterbildung zu beeinflussen? Und wie können sich Einrichtungen dagegen wehren? Darüber spricht Redakteur Jan Rohwerder mit Prof. Dr. Anke Grotlüschen von der Universität Hamburg, die rechte Strategien und Gegenmaßnahmen im Projekt »Brandmauern im Bildungswesen« untersucht, mit Dr. Sabine Koppe von der Kreisvolkshochschule Vorpommern Rügen und mit Richard Gebhardt von der Vhs Aachen.

Schlagworte: Erwachsenenbildung; Weiterbildung; Weiterbildungseinrichtung; Rechtspopulismus; Radikalismus; Politische Bildung; Gesellschaft; Volkshochschule; Demokratie
Zitiervorschlag: Rohwerder, J.; Grotlüschen, A.; Koppe, S. & Gebhardt, R. (2025). »Es ist eine rechte Strategie, Zivilgesellschaft und Bildungsinstitutionen zu zerstören«. *weiter bilden*, 32(2), 52-56. Bielefeld: wbv Publikation. <https://www.wbv.de/artikel/WBDIE2502W020>

E-Journal Einzelbeitrag

von: Jan Rohwerder, Anke Grotlüschen, Sabine Koppe, Richard Gebhardt

»Es ist eine rechte Strategie, Zivilgesellschaft und Bildungsinstitutionen zu zerstören«

aus: Wirkungen (WBDIE2502W)

Erscheinungsjahr: 2025

Seiten: 52 - 56

DOI: 10.3278/WBDIE2502W020

»Es ist eine rechte Strategie, Zivilgesellschaft und Bildungsinstitutionen zu zerstören«

WEITER BILDEN spricht mit
ANKE GROTLÜSCHEN, RICHARD GEBHARDT und SABINE KOPPE

Wie groß ist die Gefahr, die von der extremen Rechten für die Bildung ausgeht? Wie geht sie vor, um die Erwachsenen- und Weiterbildung zu beeinflussen? Und wie können sich Einrichtungen dagegen wehren? Darüber spricht Redakteur Jan Rohwerder mit Prof. Dr. Anke Grotlüschen von der Universität Hamburg, die rechte Strategien und Gegenmaßnahmen im Projekt »Brandmauern im Bildungswesen« untersucht, mit Dr. Sabine Koppe von der Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen und mit Richard Gebhardt von der VHS Aachen.

WEITER BILDEN: Frau Grotlüschen, Sie haben an der Universität Hamburg das Citizen-Science-Projekt »Brandmauern im Bildungswesen« ins Leben gerufen, mit dem Sie untersuchen, wie Bildung von Rechtsextremismus betroffen ist und wie Bildungseinrichtungen darauf reagieren. Bevor wir die bisherigen Ergebnisse mit Vertreter*innen der Praxis diskutieren – herzlich willkommen Sabine Koppe und Richard Gebhardt! –, möchte ich über Begrifflichkeiten reden. Worüber sprechen wir überhaupt – Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus? Warum ist es wichtig, sich über Begrifflichkeiten zu verständigen?

ANKE GROTLÜSCHEN: In meinen Augen ist das aus zwei Gründen wichtig. Zum einen ist es eine fachliche Verständigungsfrage, zum anderen sind all dies ja auch Begriffe, über die die neuralgischen Konflikte verhandelt werden. So hatten wir beispielsweise für die Umfrage und die qualitative Befragung im Projekt ursprünglich den Begriff »Rechtspopulismus« verwenden wollen, haben aber erfahren müssen, dass sich Träger bei der Verwendung dieses Begriffs schon in Gefährdungen begeben.

Inwiefern?

GROTLÜSCHEN: Insofern, als dass nicht selten lokale Vertreter*innen der AfD Drohgebärden gegenüber den Trägern folgen lassen, sobald diese Rechtspopulismus thematisieren – sie würden sich unfair gegenüber einer demokratisch gewählten Partei verhalten, die das Recht habe, gleich behandelt zu werden. Um also möglichst vielen die Möglichkeit zu bieten, an der Befragung mitzuwirken, ohne sich dieser Gefährdung auszusetzen, haben wir uns entschieden, die Einflüsse der extremen Rechten abzufragen. Das hat damit zu tun, dass Rechtsextremismus in Deutschland über die FDGO, die freiheitlich-demo-

kratische Grundordnung definiert ist und dass der Verfassungsschutz, das Bundesverfassungsgericht und auch das Bundesinnenministerium darüber die Möglichkeit erhalten, zu bestimmen, dass, wer gegen die FDGO verstößt, auch als Partei nicht mehr als demokratisch angesehen wird und – über ein juristisches Verfahren – verboten werden kann. Und das ist mit dem Urteil des

»Diese Art von Konfrontation mit der dunklen Seite der Zivilgesellschaft ist eine Aufgabe, die auch die politische Bildung leisten muss.«

Richard Gebhardt

Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren im Jahr 2017 ja sogar verschärft worden: Nicht mehr nur diejenigen, die demokratische Institutionen wie die Gewaltenteilung oder die Parlamente abschaffen wollen, bewegen sich außerhalb der FDGO, sondern schon diejenigen, die die Menschenwürde von bestimmten Bevölkerungsgruppen infrage stellen.

Wie sieht es in der Praxis aus – findet dort auch eine Verständigung über Begrifflichkeiten statt?

SABINE KOPPE: Wir sprechen darüber, und es ist meines Erachtens auch wichtig. Auch bei uns in der Region hat die AfD große Erfolge gehabt und ist bei den Landratswahlen in vielen Fällen

in die Stichwahl eingezogen, dort haben sich aber dann die Kandidat*innen der – ich sage es jetzt klar – demokratischen Parteien durchgesetzt. Glücklicherweise, denn ich halte die AfD nicht für eine demokratische Partei, und das wird ja durch das Gutachten des Verfassungsschutzes bestätigt, auch wenn die Bewertung als »gesichert rechtsextrem« gerade wegen des anhängigen Gerichtsverfahrens ausgesetzt ist. Gleichzeitig gibt es auch im Volkshochschulkontext Kolleginnen und Kollegen, die unsicher über die Behandlung der AfD sind, weil sie ja »eine demokratisch gewählte Partei« sei oder man »nicht nur Rechts-, sondern auch Linksextremismus bekämpfen« müsse.

RICHARD GEBHARDT: Als politischer Bildner und als Verantwortlicher für das Programm NRWeltoffen an der VHS Aachen, einem Programm der Landeszentrale für politische Bildung, das sich maßgeblich mit Themen wie Rassismuskritik, Antisemitismuskritik und auch extreme Rechte befasst, bin ich in einen lokalen Handlungsplan eingebunden, der sich explizit gegen die extreme Rechte richtet. Insofern verwenden wir diese Begrifflichkeit und haben dafür auch einen normativen Rahmen. Wir sind beispielsweise durch die Zuwendungsverträge ausdrücklich dazu aufgefordert, uns mit den Parteien der extremen Rechten zu befassen. Auf der analytischen Ebene ist der Begriff Populismus natürlich gerade für Mitarbeitende an der VHS interessant, da er dem lateinischen Wort für »Volk« entstammt – und wir natürlich schon schauen müssen, wer diejenigen sind, die behaupten, im Namen des Volkes aufzutreten. Und wenn dieser Volksbegriff einen exklusiven Charakter bekommt, indem er beispielsweise an den ethnischen Volksbegriff angebunden wird, dann mischt sich der Populismusbegriff mit dem Extremismusbegriff. Der Extremismusbegriff ist übrigens meines Erachtens für das wuselige Feld der Mischverhältnisse der extremen Rechten, die

ja bis in die bürgerliche Rechte hinein ihr Wirkungsfeld hat, zu eng.

Ist dann der Bezug auf die FDGO nicht hilfreich?

GEBHARDT: In meiner privaten Rolle als politischer Bildner über die vhs hinaus und als Publizist, der sich mit der extremen und der Neuen Rechten auseinandersetzt, war mir die Fixierung auf die FDGO immer zu wenig, weil sie auf den Staat und seine Institutionen konzentriert ist. Genau wie beim Extremismusbegriff: Dann will die extreme Linke die Diktatur des Proletariats, der Islamismus eine religiöse Diktatur und die extreme Rechte den Führerstaat. Wenn wir uns aber nur auf die Gefährdungspotenziale gegenüber dem Staat und dem politischen System fixieren, dann kommt die Ebene der Gesellschaft zu kurz und deren Gefährdung, die sich in Angriffen auf Moscheen, Angriffen auf Synagogen, Angriffen auch auf die queere Community ausdrückt. Das sind alles keine staatstragenden Institutionen, sondern die Repräsentantinnen und Repräsentanten einer Gesellschaft der Vielen.

Was bedeutet das für die Praxis der politischen Bildung?

GEBHARDT: Als Sozialforscher habe ich den Anspruch, mich auch hinter der Brandmauer zu bewegen. Als politischer Bildner muss ich gut überlegen, inwieweit konfrontative Formate möglich sind mit Menschen, die der AFD angehören oder Verschwörungsideologien verbreiten. So würde ich beispielsweise Politikerinnen und Politiker der AFD selbst nicht zu Diskussionsveranstaltungen einladen, und dazu besteht programmplanerisch in meinen Augen auch keine Notwendigkeit. Aber die affine Klientel, die kann ich nicht mit einer Ausschlussklausel vor der Tür halten, und diese Art von Konfrontation mit der dunklen Seite der Zivilgesellschaft

ist eine Aufgabe, die auch die politische Bildung leisten muss.

GROTLÜSCHEN: Ich gebe Ihnen recht, dass die Extremismustheorie schwierig ist, weil sie rechts und links unzulässig gleichsetzt, weil sie in der Tat sehr staatsfixiert ist, und nicht zuletzt, weil sie völlig davon ablenkt, dass Rassismus und Faschismus in der Mitte geboren werden. Wenn wir das aber als Argument nehmen, um den Bezug demokratischer Kräfte auf die FDGO zu kritisieren, machen wir meines Erachtens einen Fehler. Mit Funktionären und

»Da hilft nur, dass man sich sehr klar und deutlich positioniert, auch wenn es manchmal wehtut.«

Sabine Koppe

Politikerinnen extrem rechter Parteien haben Varianten des Redens, der Positionierung, der politischen Bildung und auch der Prävention keine Chance mehr. Die sind nicht an einem offenen Diskurs interessiert, und wenn sie in Bildungsveranstaltungen auftauchen, nutzen sie die Situation nur aus. Gegenüber solchen Menschen hilft nur Mikrofonentzug, Filmverbot, Hausverbot. Und hier unterstützt der Verweis auf die FDGO gerade in ihrer verschärften Auslegung von 2017, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einschließt, denn mit dieser Verschärfung kann man auch die AFD und ihre Repräsentanten von Veranstaltungen ausschließen. Und

es hilft auch, darauf hinzuweisen, dass es extreme Rechte sind und nicht nur Populisten.

Damit haben Sie schon Brandmauer-Strategien angesprochen – also wie verhindert werden kann, dass extrem rechte Parteien und Personen Einfluss auf die Bildung nehmen. Vielleicht berichten Sie kurz, was Sie in Ihrem Forschungsprojekt herausgefunden haben, wie der Einfluss aussieht, was versucht wird?

GROTLÜSCHEN: Uns sind im Projekt 54 konkrete Fälle berichtet worden, wo die AFD und andere rechtsextreme Akteure versucht haben, Einfluss auf Bildungsangebote und -einrichtungen zu nehmen. Das geht von diskriminierenden oder rassistischen Äußerungen über lautstarke Störungen und Foto- und Filmaufnahmen bei Veranstaltungen bis hin zu Drohungen gegen Personal und Kursleitende, von Verschwörungsgläubigen in Gremien bis hin zu politisch motivierten Anfragen an die Einrichtungen oder im parlamentarischen Bereich. Und es betrifft längst nicht nur die politische Bildung, das gibt es in der Elternbildung ...

GEBHARDT: ... wogegen die örtliche AFD in Aachen polemisiert hat, indem sie unsere entsprechenden Angebote als »Mutter-Kind-Entfremungskurse« betitelt hat ...

GROTLÜSCHEN: ... in Malkursen, wo eine Teilnehmerin ein Wahlplakat der AFD als Mappe verwenden wollte, in der Umweltbildung, bei der Mitglieder der rechtsextremen Anastasia-Bewegung versuchen, selbst als Kursleitende beispielsweise an Volkshochschulen tätig zu werden. Dazu kommt der Versuch, das Lehrpersonal zu diskreditieren, bis hin zu tätlichen Angriffen auf Lehrkräfte. Die Kirche berichtete uns, dass sie von der Existenz von Listen weiß, auf denen »unliebsame Personen« aus Bildungsträgern und Kirchen geführt und dann gezielt angegriffen werden.

KOPPE: Mir ist wichtig, zu betonen, dass all dies nicht vollständig neu ist. Wenn man wie ich lange in der politischen Bildung und in der Volkshochschule gearbeitet hat, weiß man, dass viele dieser Phänomene von Zeit zu Zeit wiederkommen. Einschüchterungsversuche mit Video- und Fotoaufnahmen bei Veranstaltungen hat es beispielsweise auch zu den Hochzeiten der NPD gegeben. Allerdings: Es hat heute eine andere Qualität, auch wegen der Masse an Menschen, die derzeit hinter der AFD stehen.

Das führt mich zu der Frage, warum die Bedrohung der Bildung gerade von rechts ausgeht.

GROTLÜSCHEN: Weil es tatsächlich eine rechte Strategie ist, Zivilgesellschaft und Bildungsinstitutionen zu zerstören. Dafür gibt es genügend Beispiele aus dem europäischen Ausland oder auch gerade aus den USA, wenn man schaut, mit welcher Axt da gerade durch Bildungsinstitutionen oder zivilgesellschaftliche Strukturen gegangen wird. Und meistens betrifft es nicht nur die politische Bildung, sondern beispielsweise auch die Literalitätsförderung. Zynisch betrachtet kann man das als Zeichen für die Wirksamkeit dieser Programme werten: Wenn man sieht, wie schnell in Ländern, in denen Rechtspopulisten an die Macht kommen, Programme der politischen Bildung oder der Grundbildung abgeschafft werden, kann man davon ausgehen, dass diese sie für sehr wirksam halten, was bei gemäßigten Regierungen ja nicht immer der Fall ist.

KOPPE: Und es sind ja nicht nur rechte Extremisten, es ist nicht nur die AFD – die Übergänge zum Rechtspopulismus sind schleichend. Wie häufig führe ich in letzter Zeit Diskussionen mit Menschen, die sich als demokratisch verstehen und betonen, dass sie nicht mit der AFD sympathisieren – und dann ergänzen, dass die ja in Teilen doch recht habe und man zwar keinem Menschen etwas zuleide tun wolle, aber die vielen Mig-

ranten würden ja doch stören und müssen weg. Hiermit müssen wir umgehen lernen, in der Volkshochschule oder in anderen erwachsenenbildenden Einrichtungen, in der Dozentenschaft usw.

Wie gelingt der Umgang in solchen Momenten?

KOPPE: Da hilft nur, dass man sich sehr klar und deutlich positioniert, auch wenn es manchmal wehtut. Anders wird es nicht gehen.

GEBHARDT: Absolut. Der Referenzrahmen für eine solche Positionierung, für Einspruch und Widerspruch sind meines Erachtens unsere Leitbilder.

GROTLÜSCHEN: Das ist ein guter Übergang zu den Brandmauer-Strategien, die wir in unserem Projekt auch untersuchen: Was hilft gegen Störungen und versuchte Einflussnahme und Einschüchterung durch Rechtsextremisten? Auf der Mikroebene können die Leitbilder herangezogen werden, um Verweise aus Veranstaltungen und Hausverbote durchzusetzen. Auf der Makroebene, auf der die AFD versucht, mit Anfragen und Entschließungsanträgen Bildungspolitik und Bildungsarbeit zu beeinflussen – das geschieht häufig und häufig auch aggressiv –, hilft es, diese Anfragen kurz, aber entschlossen zurückzuweisen, gerne auch aufgrund formaler Argumente. Dies bezeichnen wir als »parlamentarische Brandmauer« – die aber leider auch nicht mehr überall hält. Auf der Mesoebene, d. h. auf der Ebene der Einrichtungen selbst, helfen Vernetzung und Kooperation sehr gut.

KOPPE: Starke Netzwerke sind sehr wichtig. Wenn man als Volkshochschule allein dasteht, ist es schwierig, mit Angriffen von rechts umzugehen. Wenn man aber Menschen oder Organisationen um sich schart, die auch im Bildungsbereich arbeiten und ähnlichen Bedrohungsszenarien ausgesetzt sind, stärkt das ungemein. Dies können beispielsweise Migrant*innenorganisationen,

Integrationsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragte sein.

GROTLÜSCHEN: Das gilt auch für den parlamentarischen Bereich – auch da ist es wichtig, dass die demokratischen Parteien bei diesem Thema kooperieren, dann hält die Brandmauer. Aus der Historie wissen wir, das Einknicken gegenüber den Rechten oder die Übernahme von deren Themen nicht funktioniert.

KOPPE: Bei uns ist es zurzeit eher so, dass die Vertreterinnen und Vertreter der AFD in Ausschüssen oder auf der parlamentarischen Ebene der Volkshochschule geradezu freundlich gegenüberzutreten. Das macht mich stutzig, denn ich halte das für eine Strategie, dass man versucht, sich als demokratisch legitimierte Partei zu etablieren, die Gutes für die Bildung tun möchte. Das halte ich für fast noch gefährlicher, als wenn man eine direkte Konfrontation hätte, die es ja auch in manchen Volksschulen schon gibt. Denn es führt auch im direkten Umfeld der VHS, bei den Kolleginnen und Kollegen zu einer Relativierung – man müsse ja auch nach links schauen und man müsse »neutral« bleiben. Diese Neutralitätsforderung ist gefährlich. Gerade jüngere Mitarbeitende oder auch jüngere Leitungen sind sehr verunsichert und möchten sich möglichst nicht mit der politischen Ebene oder politischen Diskussionen befassen.

Tatsächlich wird eine vermeintlich notwendige Neutralität von Einrichtungen ja vielerorts propagiert.

GEBHARDT: Ja, aber wir haben einen festen normativen Kern, auf den wir uns beziehen können und der uns nicht auf vage auf »Neutralität« festlegt: Das ist der originäre Demokratieauftrag der Volkshochschule. Wir müssen uns meines Erachtens offensiver mit der Frage eines vermeintlichen Neutralitätspostulats auseinandersetzen. Die Volkshochschulen sind nach meiner

Auffassung zwar überparteilich, aber keinesfalls neutral. Und ich denke, dass der Erfolg politischer Bildung steht und fällt mit der politischen Rahmung, in der die Volkshochschulen arbeiten. In Aachen ist die Situation noch relativ privilegiert. Wir sind beispielsweise federführend mit beteiligt am »Runden Tisch gegen Rechts« der Oberbürgermeiste-

»Einknicken gegenüber den Rechten oder die Übernahme von deren Themen funktioniert nicht.«

Anke Grotlüschen

rin, eine Institution, die in Aachen eine durchaus lange Tradition hat. Dieser Runde Tisch wurde seinerzeit gegründet als Reaktion auf die Aufmärsche der Kameradschaftsszene in Aachen und im Aachener Umland, die es in dieser alten Form nicht mehr gibt. Zwar formiert sich die Szene möglicherweise auf der militanten Ebene gerade neu, aber die Herausforderung ist doch, so einen Runden Tisch auch bei den zu erwartenden Erfolgen einer extrem rechten Wahlpartei bei der kommenden Kommunalwahl aufrecht zu halten. Denn das ist auch verwaltungsjuristisch noch mal etwas ganz anderes. Zum Rechtsruck in der Bundesrepublik Deutschland gehört ja nicht nur der Stechschritt der militanten Rechten, sondern dazu gehören eben auch die kalten Füße der Verwaltung. Auch die muss entsprechend vorbereitet werden, damit es Gegenkräfte gibt.

GROTLÜSCHEN: Das ist wichtig, denn die Verwaltung darf im Hinblick auf die Demokratie nicht neutral sein. Im Beamtenstatus ist dies gesetzt, und alle, die im öffentlichen Dienst arbeiten, unterliegen ähnlichen Strukturen: Ich bin nicht nur berechtigt, mich für die Demokratie und die FDGO einzusetzen, sondern ich bin dazu verpflichtet! Aber genau in dieser Hinsicht Unsicherheit zu streuen und auf eine vermeintliche »Neutralitätsverpflichtung« zu pochen, ist eben eine Strategie – die ja auch schon seit längerem gefahren wird: Schon 2019 gab es die Kampagne »Neutrale Schule«, bei der seitens der AFD »Meldeportale« eingerichtet wurden, auf denen man Lehrerinnen und Lehrer anschwärzen konnte, die vermeintlich im Unterricht politisiert haben. Genau wie der Ruf nach »Meinungsfreiheit«, was ja inzwischen auch ein rechter Kampfbegriff geworden ist.

Wie begegnet man dieser Unsicherheit?

GEBHARDT: Wie ich eben schon sagte: Wichtig ist die klare Haltung der Volkshochschule und auch ihrer Träger. Damit steht und fällt der Erfolg. Es gibt einen juristischen Referenzrahmen, der uns eine zwar überparteiliche, aber dennoch offensive Auseinandersetzung mit diesem Thema ermöglicht. Politische Bildung muss dann auch als demokratische Bildung gesehen werden. Und vielleicht gibt es dafür, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, so etwas wie ein window of opportunity. Ich erinnere an den Beginn des Jahres 2024, als viele Menschen angefangen haben, für die Demokratie zu demonstrieren. Das war ein wenig so, als ob viele Menschen wie aus einem Tiefschlaf erwacht wären, und die Volkshochschule hat Räume zur Verfügung gestellt und Kurse zum Thema angeboten. Ich habe uns da als Hilfsinstrument, als öffentliches demokratisches Forum für eine wiederbelebte Zivilgesellschaft empfunden und sehe

das durchaus auch als Moment der Stärke. Das heißt, wir haben auch positive Resultate zur Kenntnis genommen im letzten Jahr, die ganz eng mit politischer Bildung, mit Erwachsenenbildung auf allen Ebenen – Kirche, Gewerkschaft, Volkshochschulen – verbunden waren. Das darin brachliegende Potenzial einer weiteren Gegenwehr und fortschreitenden Demokratisierung darf nicht unterschätzt werden.

KOPPE: Das halte ich für sehr wichtig, gerade die vermeintlich kleinen Maßnahmen wie das Anbieten von Räumen. Wir haben beispielsweise bei uns an der VHS Vereinen und Verbänden die Möglichkeit gegeben, sich und ihre Arbeit vorzustellen – was sie machen, was sie bewegt, warum sie sich engagieren. Damit zeigen wir, dass es Wege gibt, Sachen zu verändern – denn ich glaube, dass viele Menschen sich allein deshalb von der AFD angezogen fühlen, weil das Wörtchen »Alternative« im Namen steckt. Deshalb ist es wichtig, aufzuzeigen, dass es andere Alternativen gibt, andere Wege, Dinge zu verändern und sich zu engagieren.

Ich danke Ihnen sehr für das Gespräch!

PROF. DR. ANKE GROTLÜSCHEN
ist Professorin für Lebenslanges Lernen
an der Universität Hamburg.
anke.grotlueschen@uni-hamburg.de

DR. SABINE KOPPE
ist Leiterin der Kreisvolkshochschule
Vorpommern-Rügen.
Sabine.Koppe@lk-vr.de

RICHARD GEBHARDT
ist verantwortlich für das Landesprogramm
NRWtoffen an der VHS Aachen.
richard.gebhardt@mail.aachen.de